



SP International

PS international
Ko-Präsident/-in: Pierre-Alain Bolomey und Audrey Ruchet-Bach
c/o SP Schweiz, Postfach 7876, Spitalgasse 34, CH-3001 Bern



PS internazionale
pabolomey@bluewin.ch
www.spschweiz.ch/international

Wahlmanifest der SP International Zehnpunkte-Punkte-Programm 2015–2019

Die SP International

Das globale Netzwerk der sozialdemokratischen Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen

Unsere Positionen auf einen Blick:

**FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE**

- 1 Für die Weiterentwicklung verlässlicher und guter Beziehungen zur EU..... 2**
- 2 Durch Personenfreizügigkeit und Reisefreiheit den weltoffenen Geist der Schweiz stärken 2**
- 3 Für eine soziale und ökologische Globalisierung – gegen Steuerdumping 3**
- 4 Die internationale Zusammenarbeit ausbauen und weltweit Menschenrechte und Frieden fördern 4**
- 5 Eine eigene politische Vertretung der “fünften Schweiz” schaffen 5**
- 6 Den konsularischen service public ausbauen..... 5**
- 7 Die Beibehaltung von Bankbeziehungen in der Schweiz muss gewährleistet werden 6**
- 8 Hochstehende Schweizer Bildung im Ausland auf sozialer Grundlage vermitteln 6**
- 9 Ausbau des sozialen Sicherungsnetzes für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer 7**
- 10 Den Informationsaustausch zwischen der Schweiz und den Auslandschweizern verbessern..... 7**

Unsere Positionen im Einzelnen

1 Für die Weiterentwicklung verlässlicher und guter Beziehungen zur EU

Europa und die Schweiz stehen an einem Scheideweg. Belastungen der europäischen Integration fallen zeitlich mit der Ungewissheit zusammen, wie und ob überhaupt die bisherigen vertraglichen Beziehungen der Schweiz mit der EU fortgesetzt werden können. Beide Herausforderungen drohen, sich gegenseitig negativ zu verstärken. Die in der Schweiz und ganz Europa verbreiteten rechtspopulistischen, antieuropäischen Stimmungen bleiben so lange gefährlich, als es der Politik nicht gelingt, auf allen Ebenen wirksame Lösungen für die drängenden wirtschaftlichen, ökologischen und demokratischen Probleme zu finden. Massenarbeitslosigkeit und fehlende Perspektiven für die junge Generation bei explodierenden Vermögen und Einkommen ganz oben sowie Sparwahn statt Investitionen in eine nachhaltige Zukunft gehen uns alle an, denn längst bilden die EU und Schweiz eine Schicksalsgemeinschaft. Auf dem Spiel stehen nicht weniger als die Erhaltung des Friedens und die Zukunftsfähigkeit des europäischen Sozialmodells.

Nicht erst seit der Abstimmung vom 9. Februar 2014 ist klar, dass es keine Rückkehr zum so genannten bilateralen Weg nach bisherigem Modell gibt, und dies aus zwei Gründen nicht: Erstens braucht es eine beidseits annehmbare Lösung der „institutionellen Frage“, d.h. einen rechtlichen Mechanismus zur Übernahme und einheitlichen Anwendung des europäischen Rechts und zur Streitbeilegung, soweit die Schweiz sektoriell am Binnenmarkt teilnimmt. Zweitens muss sich die Schweiz klar und unmissverständlich zur Personenfreizügigkeit bekennen, d.h. auf Kontingente und bürokratischen Inländervorrang verzichten und das Kroatienprotokoll ratifizieren (siehe dazu Ziffer 2).

Dafür steht die SP International ein:

- Die SP International setzt sich für die umfassende Weiterentwicklung der guten vertraglichen Beziehungen der Schweiz zur EU ein, denn eine Rückkehr zum alten „bilateralen“ Weg ist heute ausgeschlossen und ein Abbruch wäre fatal.
- Die SP International steht für eine beidseits annehmbare vertragliche Lösung der „institutionellen Frage“ und verbindet dies mit folgenden drei Erwartungen: erstens darf die gefundene Lösung einer weitergehenden Annäherung der Schweiz an die EU nicht im Wege stehen; zweitens muss sie mit einem Ausbau der politischen Mitwirkungsrechte von Bundesrat und Parlament bei neuem EU-Recht verbunden sein; und drittens darf die Lösung keine Einschränkung bei den flankierenden Massnahmen und weiteren inneren Reformen mit sich bringen, welche die Schweiz begleitend zu ihrer Öffnungspolitik zum Schutz und Ausbau ihrer sozialen Errungenschaften ergreift.
- Die Beziehungen der Schweiz zur EU vertiefen und ausbauen und das Demokratiedefizit, das die bilateralen Beziehungen kennzeichnet, durch ein volles Mitentscheidungsrecht ablösen.
- Eine soziale Schweiz gibt es nur in einem sozialen Europa. Deshalb ist auch die Schweiz gut beraten, sich in und mit der EU für ein soziales, demokratisches und geeintes Europa einzusetzen.

2 Durch Personenfreizügigkeit und Reisefreiheit den weltoffenen Geist der Schweiz stärken

Dank der Personenfreizügigkeit ist es heute jederzeit möglich, irgendwo in Europa Arbeit anzunehmen und sich zu diesem Zweck niederzulassen. Dieses wunderbare Freiheitsrecht der Arbeitnehmenden will die SP International erhalten und vertiefen. Weil Gewinn und Kosten der Personenfreizügigkeit ungleich verteilt werden, gerät die Personenfreizügigkeit – und damit die gesamte Europapolitik – leider teilweise in Misskredit. Die in der Schweiz seit dem Volksentscheid vom 9. Februar 2014 geprüfte Rückkehr zum alten Kontingentssystem hätte jedoch verheerende Auswirkungen. Die Personenfreizügigkeit muss so flankiert werden, dass sie dem Wohle aller dient und nicht bloss dem Interesse einiger weniger. Dazu braucht es aus Sicht der SP tiefgreifende innere Reformen: Flankierende Massnahmen im Arbeitsmarkt, im Wohnungsmarkt, in der Raumplanung, der öffentlichen Infrastruktur und in der Bildungspolitik müssen dafür sorgen, dass alle am Erfolg der Personenfreizügigkeit teilhaben statt nur einige Wenige.

Dafür steht die SP International ein:

- Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping: Die Personenfreizügigkeit darf nicht weniger frei, sondern muss fairer werden. Europaweit muss der Grundsatz durchgesetzt werden, dass gleichwertige Arbeit am gleichen Ort den gleichen Lohn erhält. Eine Rückkehr zum Saisonierstatut oder zu Kontingenten würde die SP mit allen Mitteln bekämpfen.
- Stärkung der inneren Ressourcen: Statt einfach Personal aus dem Ausland abzuwerben, muss die Schweiz sehr viel mehr in die Ausbildung ihrer eigenen Fachleute investieren und dafür sorgen, dass Frauen, über 50jährige und in der Schweiz ansässige MigrantInnen verstärkt am Arbeitsmarkt teilnehmen können – dank einer Bildungsoffensive, mehr Krippen, neuen Arbeitszeitmodellen und Diplomanerkennung.
- Diversität anerkennen: Es braucht endlich auch in der Schweiz einen wirksamen Diskriminierungsschutz mindestens auf europäischem Niveau. Dazu gehören staatliche und nichtstaatliche Massnahmen und Projekte zur Förderung der Gleichbehandlung und gegen Fremdenhass, Ausgrenzung und Sündenbockdenken.
- Bezahlbaren Wohnraum schaffen: Dieser wird nicht wegen der Einwanderung knapp, sondern weil pro Kopf immer mehr Wohnraum beansprucht wird und die Raumplanung versagt.
- Raumplanung für alle: Zusätzliche Investitionen in den öffentlichen Verkehr und eine bessere Raumplanung müssen dafür sorgen, dass Gewinn und Kosten einer offenen Schweiz gerechter als bisher verteilt werden.
- Stopp der Steuerdumping-Politik: Immer neue Steuergeschenke für Unternehmen und deren Manager ziehen ausländische Unternehmen mit der ganzen Belegschaft an. Dies höhlt das Steuersubstrat befreundeter Staaten aus, schafft kaum neue Arbeitsplätze, führt aber zu hohen Infrastrukturkosten und auf dem Wohnungsmarkt zu einem Verdrängungswettbewerb.
- Gesamteuropäische Reisefreiheit: Dank Schengen können heute in Europa täglich Millionen von Menschen die Landesgrenzen frei von bürokratischen Schikanen überschreiten. Diese gesamteuropäische Reisefreiheit gilt es zu erhalten und auszubauen und auch die Sicherheit unter Wahrung der Grundrechte zu schützen.

3 Für eine soziale und ökologische Globalisierung – gegen Steuerdumping

Die SP will nicht eine Wirtschaft im Dienste einiger weniger, sondern im Dienste aller. Die Standortqualität der Schweiz soll durch eine deutliche Steigerung der Investitionen in den sozialen Zusammenhalt, in Bildung, Infrastruktur und Lebensqualität gestärkt werden und nicht durch eine Steuerpolitik, welche die Leistungsfähigkeit der Partnerstaaten aushöhlt. Die SP will fairen Handel und nicht bloss Freihandel. Sie steht für eine Unternehmenspolitik, die internationale Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards und jene der Partnerstaaten respektiert. Solche Standards müssen multi- und bilateral verbindlich geregelt, geschlechtergerecht ausgestaltet und tatsächlich umgesetzt werden. Transnational tätige Unternehmen müssen zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet und diesbezüglich zur Rechenschaft gezogen werden können. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es eine durchsetzungsfähige UNO, mehr Einfluss der internationalen Organisationen, namentlich der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), und einen starken Multilateralismus statt immer mehr bilaterale Abkommen.

Dafür steht die SP International ein:

- Die Schweiz soll nur noch Freihandelsabkommen abschliessen, welche ein Kapitel über soziale und ökologische Nachhaltigkeit enthalten und wirksam zu deren Durchsetzung beitragen. Solche Abkommen müssen zwingend Klauseln enthalten, die das ausdrückliche Recht festschreiben, die Arbeitsbedingungen und den Umweltschutz zu stärken und den Service public auszubauen und

gleichzeitig verbieten, Arbeits- und Umweltstandards zu senken, um aus solchem Dumping Wettbewerbsvorteile abzuleiten. Die Schweiz soll auch im Rahmen der WTO für die soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft eintreten und dafür sorgen, dass die IAO in der WTO zur Stärkung der weltweiten Arbeitsstandards Beobachterstatus erhält.

- Ein allfälliges Dienstleistungsabkommen (TISA) muss nachweislich Arbeitsplätze schaffen und sichern und darf unter keinen Umständen den Service public oder Finanzmarktregulierungen schwächen. Allfällige Schiedsgerichte müssen höchsten Ansprüchen an Transparenz und Rechtsstaatlichkeit genügen, der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zur Stellungnahme einräumen und sollen nur angerufen werden können, wenn vorgängig alle nationalen Gerichtsinstanzen geurteilt haben. Freihandels- und Investitionsschutzabkommen müssen so gestaltet werden, dass jeder Vertragsstaat unilateral strengere ökologische und soziale Standards gesetzlich beschliessen kann, ohne mit Entschädigungsklagen konfrontiert werden zu können.
- Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und andere Missbräuche im Fiskalbereich müssen konsequent bekämpft werden. Dazu brauchen die Steuerverwaltungen zusätzliche personellen Ressourcen und die gleichen Informationen wie die ausländischen Steuerbehörden in der Schweiz. Die Schweiz muss auch auf internationaler Ebene gegen die Nicht- oder Minderbesteuerung von Unternehmen (*Base erosion and profit shifting BEPS*) hinarbeiten.

4 Die internationale Zusammenarbeit ausbauen und weltweit Menschenrechte und Frieden fördern

Die Schweiz muss als bedeutende Nutzniesserin der Globalisierung ihre Verantwortung wahrnehmen, auf internationaler Ebene für eine gerechte und friedliche Weltordnung eintreten und ihren Beitrag zur Erreichung der Ziele für eine Nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals, SDG*) qualitativ und quantitativ bedeutend erhöhen. Die Ziele sind Ausdruck der Bedürfnisse und Grundrechte, die jeder Mensch auf der Welt geniessen können sollte – Freiheit von extremer Armut, Hunger und Gewalt, eine hochwertige Bildung, produktive und menschenwürdige Beschäftigung, ein guter Gesundheitszustand und Wohnraum, das Recht jeder Frau, ohne Gefahr für ihr Leben Kinder zu gebären und eine Welt, in der die ökologische Nachhaltigkeit Vorrang hat und in der Frauen und Männer gleichgestellt leben. Die globalen Herausforderungen – Armut, Klima, zerfallende Staaten mit allen Folgeproblemen wie Flüchtlinge, Gewalt und Terrorismus – entscheiden über die Zukunft von uns allen.

Dafür steht die SP International ein:

- Die Schweiz soll zur Erarbeitung eines universellen, inklusiven Zielrahmens Post-2015 für Nachhaltige Entwicklung mit Gültigkeit für alle Länder beitragen und diesen selber konsequent umsetzen.
- Die Schweiz soll mit Blick auf die wachsende Zerstörung der Globalen öffentlichen Güter (Klima, Frieden, Kontrolle ansteckender Krankheiten usw.) ihre Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens anheben und dafür innovative neue Finanzierungsquellen erschliessen.
- Die Schweiz soll ihr Engagement in der UNO ausbauen, ihre Kandidatur für einen Sitz im Sicherheitsrat aktiv verfolgen und zur Reform dieses wichtigsten UNO-Organs beitragen.
- Die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte bilden den Kern jeder humanen Gesellschaft. Sie sind universell und unteilbar und sollen jedem Individuum voraussetzungslos zustehen. Die Achtung der Menschenrechte und die Förderung demokratischer Prozesse sollen die Leitlinien der Schweizer Aussenpolitik bilden.
- Die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer darf nicht zu einem Ausbau der Festung Europa und einem repressiven Asylregime führen. Vielmehr ist hier den Prinzipien einer humanitären Asylpolitik zu folgen. Die Schweiz darf sich hierbei nicht hinter ihrer geographischen Binnenlage verstecken, sondern muss solidarisch gegenüber den südeuropäischen Mittelmeerränderstaaten verhalten.
- Wir wollen den Frieden durch die Schaffung gerechter Verhältnisse und durch soziale und nachhaltige Entwicklung unter demokratischer Mitwirkung aller fördern, denn ohne Entwicklung gibt es

keinen Frieden und keine Sicherheit. Gleichzeitig wissen wir, dass es ohne Frieden und Sicherheit keine Entwicklung gibt. Wir wollen zu beidem beitragen und uns der Verantwortung für wirksamen Schutz vor Gewalt nicht verweigern.

5 Eine eigene politische Vertretung der “fünften Schweiz” schaffen

Auf Bundesebene sind die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in den politischen Rechten ihren in der Schweiz wohnhaften Landsleuten rechtlich gleichgestellt. Allerdings haben sie in der schweizerischen Bundesversammlung nach wie vor keine eigene politische Vertretung.

Als Auffanglösung hat die private Auslandschweizerorganisation ASO einen Auslandschweizererrat eingerichtet. Dessen politische Legitimation ist jedoch ungenügend. Er setzt sich bisher aus Delegierten von selbst ernannten, oft überalterten und bürgerlich beherrschten Schweizervereinen zusammen. Zum Schutze ihrer klientelistischen Machtstruktur lehnte die ASO bisher eine Direktwahl ab.

Auch auf kantonaler Ebene gibt es grosse Lücken. Bisher sind Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer nur in 10 Kantonen (Basel-Landschaft, Bern, Freiburg, Genf, Graubünden, Jura, Neuenburg, Solothurn, Schwyz und Tessin) voll stimm- und wahlberechtigt. Diese Rechtsungleichheit ist namentlich bei Wahlen in den Ständerat stossend. Basel-Stadt und Zürich haben den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern deshalb zumindest das Ständeratswahlrecht erteilt, verweigern ihnen aber weiterhin die übrigen politischen Rechte auf kantonaler Ebene.

Dafür steht die SP International ein:

- Die „fünfte Schweiz“ soll einen eigenen Wahlkreis bilden und in der Schweiz eigenständig repräsentiert sein. Sie sollen im National- und Ständerat direkt vertreten sein.
- Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sollen endlich in allen Kantonen ihr Stimm- und Wahlrecht ausüben können. Namentlich sollen sie in allen Kantonen zu den Ständeratswahlen zugelassen werden.
- Die Mitglieder des AuslandschweizerInnenrates sind durch Direktwahl zu bestimmen. Zudem sollen sie Anspruch auf eine angemessene Spesenentschädigung erhalten – es gibt keine Demokratie zum Nulltarif.
- Es liegt im Interesse der Schweiz, das Wissen und die Erfahrungen ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger im Ausland zu nutzen und sie in die politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Um die Beteiligung aller Stimmberechtigten im Ausland zu ermöglichen, ist eine rasche, gross angelegte Einführung eines sicheren Systems von Vote électronique (E-Voting) erforderlich.

6 Den konsularischen service public ausbauen

Der bürgerliche Spardruck hat das schweizerische Aussennetz massiv ausgedünnt. Die linearen Budgetkürzungen über alle Departemente hinweg hinterliessen im vergleichsweise kleinen Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA tiefe Wunden. Gerade in Europa, wo besonders viele Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer leben, sind in den letzten Jahren zahlreiche Konsulate geschlossen worden. Dies stellt den Service public bei der Gewährleistung der konsularischen Dienste in Frage. Dennoch wollte die bürgerliche Mehrheit von den SP-Anträgen zur Erhöhung der entsprechenden Budgetposten nichts wissen. Umso mehr begrüsst die SP International, dass das EDA neu eine Konsularische Direktion errichtet hat, um den gestiegenen Anforderungen an die konsularischen Dienstleistungen in einer immer mobileren Welt gerecht zu werden.

Dafür steht die SP International ein:

- Stopp dem Abbau des konsularischen und diplomatischen Aussennetzes: Namentlich in Regionen mit vielen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer und in den Herkunftsregionen der

in der Schweiz wohnhaften Migrantinnen und Migranten dürfen keine weiteren Konsulate mehr geschlossen werden.

- Ausbau des Service Public im Bereich der konsularischen Dienstleistungen namentlich durch einen Ausbau zukunftsgerichteter und bürgerfreundlicher E-Government-Lösungen.
- Gezielter Ausbau der Zusammenarbeit mit dem konsularischen und diplomatischen Aussennetz der EU und ihrer Mitgliedstaaten; heute muss nicht mehr jeder Staat in jedem anderen der 193 UNO-Mitgliedstaaten selber präsent sein, sondern kann diese Aufgabe arbeitsteilig in Kooperation mit befreundeten Staaten wahrnehmen.

7 Die Beibehaltung von Bankbeziehungen in der Schweiz muss gewährleistet werden

Seit 2008 ist zahlreichen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern die Möglichkeit verwehrt worden, Bankbeziehungen in der Schweiz zu unterhalten, obwohl sie die Steuergesetze ihres Wohnsitzlandes einhalten. Grenzüberschreitende Zahlungsaufträge sind teilweise mit exorbitanten Gebühren belegt. Die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind aber auf eigene Bankbeziehungen in der Schweiz angewiesen, um sich Altersrenten auszahlen zu lassen, den Zahlungsverkehr im Zusammenhang mit einer Krankenversicherung in der Schweiz aufrechtzuerhalten und Hypotheken- oder Mietzinszahlungen für Immobilien in der Schweiz durchzuführen.

Dafür steht die SP International ein:

- Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sollen von jedem Wohnsitzland aus zu angemessenen Bedingungen Zahlungen in der Schweiz vornehmen und grenzüberschreitende Transaktionen im Zusammenhang mit Altersrenten, Krankenkassen und Immobilien in der Schweiz tätigen können. Die damit verbundenen Kosten soll der Bankensektor gemeinsam tragen.

8 Hochstehende Schweizer Bildung im Ausland auf sozialer Grundlage vermitteln

Die SP hat sich im Parlament erfolgreich für eine Erhöhung der Beiträge an die Schweizerschulen und weitere Massnahmen für eine qualitativ hochstehende Bildung und Ausbildung von jungen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern eingesetzt. Ebenso unterstützte die SP das neue Gesetz über die Vermittlung schweizerischer Bildung im Ausland, das in erster Linie das Netz der 17 Schweizer Schulen im Ausland betrifft. Mithilfe des Gesetzes sollen diese Schulen eindeutig zu einem Träger der Schweizer Kultur auf internationaler Ebene werden.

Dafür steht die SP International ein:

- Schweizerschulen sollen kein Ghetto bilden, sondern als Begegnungsschulen für alle offenstehen und einen sozialen Auftrag erfüllen, indem auch Kinder aus weniger bemittelten Familien aufgenommen werden. Kinder aus der Schweiz und aus dem Gastland sollen gemeinsam von schweizerischen und einheimischen Lehrkräften unterrichtet werden.
- Mit der gleichen Zielsetzung ist die Zusammenarbeit mit anderen anerkannten internationalen Schulen auszubauen.
- Der Bund soll sich für junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer engagieren, die in der Schweiz eine Berufslehre, ein Studium oder ein Praktika absolvieren.
- Die schweizerische Bildungspräsenz im Ausland soll insgesamt gestärkt und nachhaltige, grenzüberschreitende Bildungsnetzwerke geknüpft werden können.

9 Ausbau des sozialen Sicherungsnetzes für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

Die Schweiz hat im Verhältnis zu 44 Staaten bilaterale und multilaterale Abkommen über die gegenseitige Koordinierung der nationalen Gesetzgebungen im Bereich der Sozialversicherungen abgeschlossen. Diese Abkommen erfassen rund 83% der Schweizer Staatsangehörigen im Ausland und gewährleisten ihnen hinsichtlich der Sozialversicherungen die weitgehende Gleichbehandlung mit den Angehörigen des jeweiligen Vertragsstaates.

Dafür steht die SP International ein:

- Das Netz der Sozialversicherungsabkommen muss noch enger geknüpft werden.
- Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen mit Wohnsitz in Staaten ohne obligatorische Krankengrundversicherung sollen die Möglichkeit erhalten, sich freiwillig bei einer Schweizer Krankenkasse zu versichern.
- Die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung ist auch im Bereich der AHV-IV weiter auszubauen.
- Die aktuellen Bestrebungen, das Aufenthaltsrecht von arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz zu beschränken, müssen gestoppt werden, weil die Gaststaaten von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in der Regel auf Gegenseitigkeit achten. Es darf in diesem sensiblen Bereich keine Spirale nach unten in Gang gesetzt werden.

10 Den Informationsaustausch zwischen der Schweiz und den Auslandschweizern verbessern

Ein hochwertiges Informationsangebot bildet die Grundlage für die kulturelle, soziale und politische Verbundenheit der „fünften Schweiz“ mit der Heimat und für eine sachgerechte Meinungsbildung. Aufgrund des bürgerlichen Spardruckes ist dieses Informationsangebot heute gefährdet. Es darf nicht sein, dass sich nur noch finanzkräftige Lobbies im bezahlten Werberaum an die „fünfte Schweiz“ wenden können.

Dafür steht die SP International ein:

- Das Informationsangebot der Schweizer Revue und von Swissinfo muss in hoher Qualität erhalten bleiben.
- Die politischen Parteien müssen die Möglichkeit erhalten, auch ausserhalb des bezahlten Werbe-raumes mit den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer in den Dialog zu treten.

→ Darüber hinaus unterstützt die SP International selbstverständlich [die 10-Punkte-Wahlplattform 2015 der SP Schweiz!](#)